

Endspiel um den Flughafen Zürich

VON NILS KÖHLER

Zürich/Waldshut – Beim Flughafen Zürich laufen die Geschäfte glänzend. Mit einer Steigerung des Ergebnisses von mehr als 23 Prozent hat der Flughafen Zürich sein Geschäftsjahr 2011 blendend abgeschlossen. Für die Aktionäre – vor allem den Kanton Zürich – macht sich das Passagierwachstum bezahlt. Die Dividende steigt um rund 40 Prozent. Während jenseits der Grenze die Freude über die guten Zahlen dieser Tage anhält, blicken viele Menschen in den vom Fluglärm betroffenen Gemeinden mit Sorge auf die deutsch-schweizerischen Fluglärmgespräche. Aus Berlin kommen dazu kaum beruhigende Signale. So wurde aus dem Bundesverkehrsministerium bekannt, dass die schwarz-gelbe Regierung künftig bereit sei, „etwa 75 Prozent aller Anflüge auf den Flughafen Zürich“ (derzeit rund 100 000) über deutschem Hoheitsgebiet zuzulassen. Von einer Begrenzung nach oben ist keine Rede. Mehr als Hoffnungen soll der Bundesverkehrsminister den Eidgenossen auch in Davos gemacht haben, als es um die „deutsche Flexibilität bezüglich der Tagesrandstunden“ ging. So merkt der Berner Bundesrat jetzt auf eine entsprechende Anfrage an, dass Minister Ramsauer Flüge früh morgens und spät abends fest zugesagt habe. Dazu habe er seine Bereitschaft schon „mündlich an der Pressekonferenz vom 28. Januar 2012 in Davos bekundet“, heißt es.

Bald wieder Nachtflüge?

Wenn es so kommt, wäre selbst der Minimalschutz beseitigt, den die rot-grüne Bundesregierung vor einigen Jahren mit der Durchführungsverordnung (DVO) erlassen hatte, als sich die Schweiz weigerte, den ausgehandelten Staatsvertrag mit Deutschland zu unterzeichnen. Zwar betont Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) immer wieder, er habe bei der gemeinsamen „Absichtserklärung“ in Davos die Position der „Stuttgarter Erklärung“ nicht aufgegeben. Doch lässt er trotz einer eigentlich komfortablen Verhandlungsposition Deutschlands erkennen, dass er zu schmerzhaften Zugeständnissen bereit zu sein scheint.

Von einer rechtlich unproblematischen Verschärfung der Verordnung, die Ramsauer noch vor einem Jahr im baden-württembergischen Landtagswahlkampf vollmundig angekündigt hatte, will der Minister inzwischen nichts mehr wissen. Erst kürzlich warb er in einem Schreiben an Landesverkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) für eine Rücksichtnahme gegenüber der Schweiz und dem nachbarschaftlichen Verhältnis: „Wir müssen uns im Klaren sein, dass die auch von Ihnen geforderte einseitige Verschärfung der 220. DVO eine Konfrontation mit der Schweiz bedeutet.“

Bei der Bürgerinitiative gegen Flugverkehrsbelastung im Landkreis Waldshut herrscht längst schon tiefes Misstrauen gegenüber Berlin. „Wir sehen uns getäuscht und werden an einer in Bonn einberufenen Sitzung des Verkehrsministeriums nicht mehr teilnehmen“, erklärte deren Vorsitzender Rolf Weckesser gegenüber dieser Zeitung.

NACHRICHTEN

DLRG-BERICHT

2011 ertranken 51 Menschen

Insgesamt 51 Frauen, Kinder und Männer haben in Flüssen, Seen und Kanälen in Baden-Württemberg im vergangenen Jahr ihr Leben verloren. Deutschlandweit ertranken 410 Menschen. „Binnengewässer sind nach wie vor die gefährlichsten Badegebiete. Nur wenige Gewässerstellen werden von Rettungsschwimmern bewacht“, sagte der Präsident der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), Klaus Wilkens. (dpa)

HAUSHALT

Opposition kritisiert Milliarden-Schulden

CDU und FDP halten die von Grün-Rot geplanten Milliardenschulden im Doppeljahr 2013/2014 für Rechtsbruch. „Das ist nicht zulässig“, sagte CDU-Fraktionschef Peter Hauk in Stuttgart. Die Regierung würde mit der Neuverschuldung gegen die Landeshaushaltsordnung verstoßen. Grüne und SPD könnten nur bei einem Einbruch der Steuereinnahmen oder bei Naturkatastrophen neue Kredite aufnehmen. Das Land befinde sich aber nicht in einer „wirtschaftlichen Depression“, sondern im Aufschwung, sagte der CDU-Politiker, der vor einer Lockerung der Schuldenbremse warnte. (dpa)

HEILBRONN

Hund beißt Kind ins Gesicht

Ein angeleiteter Hund hat in Heilbronn einem zweijährigen Jungen ins Gesicht und ins Bein gebissen. Der Bub erlitt bei dem Vorfall gestern Abend mittelschwere Verletzungen und kam in eine Klinik, wie die Polizei berichtete. Der Junge war in einem Biergarten um eine Bank gerannt, als der Australian Shepherd plötzlich aufsprang und das Kind angriff. Die Polizei übernahm die Ermittlungen. (dpa)

STUTTGART

Unbekannte legen Äste auf Schienen

Ein Regionalexpress hat in Stuttgart mehrere auf die Schienen gelegte Äste überfahren. Wie die Bundespolizei berichtete, entstand weder Personen- noch Sachschaden. Der oder die bislang Unbekannten hätten sich hierbei in erhebliche Lebensgefahr gebracht. Der Regionalexpress sei mit 120 Stundenkilometern von Böblingen nach Stuttgart unterwegs gewesen. Die Polizei warnte vor dem Betreten der Gleisanlagen. Es bestehe höchste Lebensgefahr. (dpa)



Hell erleuchtet ist das Landtagsgebäude in Stuttgart. Der millionenteure Umbau des Hohen Hauses ist auf den Weg gebracht. Neben einer technischen und energetischen Frischzellenkur für den Betonbau soll der Plenarsaal auch Tageslicht bekommen. BILD: DPA

Landtag wird umgebaut

- Hohes Haus gilt als zu dunkel und marode
- Mehr Helligkeit für Parlamentarier in Stuttgart

VON GABRIELE RENZ

Stuttgart – Der frühere CDU-Parlamentarier Peter Straub soll seit seinem Ausscheiden aus dem Landtag gern in seinem Waldshuter Garten werkeln. Dort kann er seinen gestalterischen Ambitionen lustvoll nachgehen. In Stuttgart war ihm das nicht mehr gegönnt. In seiner langen Zeit als Landtagspräsident brachte Straub ein ums andere Mal einen Landtagsneubau in die Debatte. Doch immer wurden solche Ambitionen mit Verweis auf immer größere Etatlöcher ausgebremst.

Zuletzt machte Willi Stächele den Eindruck, als sei es ihm ernst mit dem Umbau des Hohen Hauses. Dazu kam er nicht mehr. Nun scheint Guido Wolf (CDU) zu schaffen, wovon seine Vorgänger nur träumten: eine Neugestaltung des Landtags. Ein Neubau, wie ihn sich Straub lange ersehnte, wurde verworfen. Doch beschloss das 19-köpfige Präsidium des Landtags, in dem neben Wolf auch alle Fraktionschefs sitzen, einen Umbau. Der Landtag ist ein Entwurf des Architekten Paul Bonatz, dessen Weg in Stuttgart schon oft auf die Straße gegangen wurde. Freilich für den Bahnhof, nicht für den Landtag. Das denkmalgeschützte Gebäude stammt aus dem Jahr 1961. „Nach über 50 Jahren erfüllt das Landtagsgebäude bei Weitem nicht mehr die heutigen Standards“, sagt der neue Hausherr Wolf. An manchen Stellen regnete es sogar durchs Dach. Es geht also vor allem um technische und energetische Sanierung, was Grün-Rot besonders freuen dürfte. Doch nicht nur.

Es geht auch ums Atmosphärische. Schon lange beklagen sich die Abgeord-

Das Parlament



Der Landtag hat knapp 190 Mitarbeiter. Landtagsdirektor ist der frühere Amtschef im Staatsministerium, Hubert Wicker. 66,7 Millionen Euro beträgt der Etat 2012, etwa vier Millionen mehr als 2011. Im Plenarsaal müssen mindestens 120 Abgeordnete Platz finden. Derzeit sind es 138. Die meisten Parlamentarier haben ihre Büros im Abgeordnetenhaus jenseits der Konrad-Adenauer-Straße. (gar)

neten über den sarkophagen Charakter ihres Sitzungssaals. In einer Landtagsdebatte ließ sich der CDU-Finanzpolitiker Joachim Kößler mit dem Gedanken ein: „Gute Politik gedeiht nur, wenn Sonne, Licht und Weitblick vorhanden sind.“ Sogar die Arbeitsstättenverordnung anerkenne, dass besseres Licht bessere Resultate bewirke. Finanzminister Nils Schmid, der in der Vergangenheit stets betont hatte, über die Holzvertäfelung und Lichtarmut „nicht depressiv“ geworden zu sein, scheint klein beigegeben zu haben.

Vergleicht man etwa den Plenarsaal mit dem in Kiel, wo die MdLs auf eine bewegte Förde blicken, ist der Stuttgarter Parlamentarier arg gedeckelt und abgedunkelt. Nun gibt es Hoffnung auf Erleuchtung. Das Präsidium entschied

sich, eine bauliche Lösung zu suchen, die den Plenarsaal mit Tageslicht versorgt. Eine Verglasung des Plenarsaals komme ebenso in Betracht wie Licht von oben. Eine Glaskuppel à la Reichstag werde es aber nicht geben, unterstrich Wolf. Gedacht wird eher an Bullaugen oder eine flache Glaseinlassung auf dem Dach. Die Hochbauverwaltung soll ein entsprechendes Verfahren in Gang setzen. Wolf kündigte nach der Sitzung ebenfalls an, ein „Bürger- und Medienzentrum“ in der Nähe des Landtags bauen zu wollen. Für Besuchergruppen, Pressekonferenzen oder nur als Anlaufstelle.

Als Standort kommt aus Sicht der Landtagsspitze der Platz zwischen Landtag und Oper in Frage. Auch über Kosten wurde gesprochen: Die Grundsanierung wird auf bis zu 27 Millionen Euro beziffert, eine „Belichtung“ des Landtags schlägt nochmals mit sechs bis 14 Millionen Euro zu Buche. Und ein Bürger- und Medienzentrum verschlänge abermals neun bis zwölf Millionen Euro. Andere Pläne, die lange das politische Stuttgart beschäftigten, sind vom Tisch. So war zwischenzeitlich überlegt worden, Abgeordnete im Neuen Schloss unterzubringen. Daran ist, seit Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid (SPD) beschlossen hat, nach dem Auszug der Kultusministerin in einen anderen Komplex beide Flügel des Flügel-Gebäudes zu okkupieren, nicht mehr zu denken.

Auch obsolet scheinen Wünsche, für jeden Abgeordneten zwei Räume zur Verfügung zu halten – einen für den MdL, einen für Mitarbeiter. Wer an sitzungsfreien Tagen durch das Abgeordnetenhaus geht, weiß: Die meisten Abgeordneten haben andere „Brückenköpfe“ als ihre Büros im Landtag. Es geht nur mehr um den Umbau des Bonatz-Baus. „Wir wollen keinen Luxus, wohl aber eine zeitgemäße Erneuerung unseres Landtags“, begründete Landtagspräsident Wolf.

Südbadens CDU sucht die Nähe zur Basis

Nach dem Wahldebakel des vergangenen Jahres verpasst sich die Union einen neuen Stil. Beim Bezirksparteitag am Samstag haben die Mitglieder das Wort

VON NILS KÖHLER

Konstanz/Freiburg – „Erfrischend jung“ lautet der forschende Slogan von Andreas Jung schon seit ein paar Jahren. Unter www.erfrischend-jung.info/ wirbt der Bundestagsabgeordnete aus dem Kreis Konstanz seit seiner Zeit bei der Jungen Union für die Energiewende. Anfangs klang das noch ein wenig zaghaft, doch der CDU-Politiker hat damals schon wie längst nicht alle in seiner Partei die Zeichen der Zeit rechtzeitig erkannt. Inzwischen bringt Jung frischen Wind in die Union; in seinem Bezirk Südbaden, dem er seit ein paar Mo-

naten als Nachfolger Willi Stächeles vorsteht, will er einen neuen Stil etablieren, der für nichts geringeres als Basisnähe steht. „Es soll nie mehr der Eindruck entstehen, dass in der CDU Politik von oben nach unten gemacht wird“, sagt Jung im Gespräch mit dieser Zeitung. Statt einem bürgerfernen Durchregieren sollen die Mitglieder in die Entscheidungsprozesse stärker einbezogen werden. Das ist eine Lehre, die Jung wie auch manch anderer in der Union aus den Bürgerprotesten gegen das Bahnprojekt „Stuttgart 21“ gezogen hat.

Zum zweiten Mal will der Bezirksverband jetzt deutlich näher an die Basis rücken. Nachdem der letzte Parteitag mit dem Auftritt von Bundesforschungsministerin Annette Schavan das Thema Bildung kontrovers diskutiert, wendet sich an diesem Samstag, 10 Uhr, ein offener Parteitag in die energieautarken Gemeinde Freiamt bei Freiburg an die Mitglieder, um die Ener-

giehende, ihre Chancen und Risiken für Südbaden, für das Handwerk, die Stadtwerke, die Landwirte und die Bürger zum Thema zu machen. Die CDU müsse jetzt zeigen, dass sie „mit ganzem Herzen hinter der Energiewende“ stehe, sagt Jung. Dafür suche er den offenen Dialog und auch die Auseinandersetzung, wenn es sein soll, bestätigt der Jurist. Gerade bei der Windkraft, einem Thema, bei dem in der Union nach wie vor die Wogen hochgehen, hofft Jung am Ende auf einen breiten Konsens in seinem Bezirk.

Mit dem Südwind

Dazu soll der Parteitag das „Projekt Südwind“ voranbringen – ein Konzept für deutlich mehr Windanlagen, die aber mit Augenmaß errichtet werden. „Das Ziel eines verstärkten Ausbaus der Windkraft ist richtig und notwendig“, erklärt Jung und ergänzt: „Den von der Landesregierung eingeschlagenen Weg

sehen wir kritisch, da auf eine Regionalplanung verzichtet wird.“ Baden-Württemberg müsse die Chancen nutzen, die im Ausbau der regenerativen Energien liegen, so Jung. „Ich will nicht, dass der neue Länderfinanzausgleich heißt: Die im Norden machen Energie, und wir zahlen dafür.“ Da klingt es fast wie eine zarte Annäherung an die Grünen mit Blick auf die nächsten Wahlen, wenn er fortfährt: Die Ökopartei müsse sich beim Pumpspeicherwerk Atorf bewegen, während die CDU ihre Position bei der Windenergie überdenken sollte. Die CDU Südbaden spielt seit Jahren in der Union die ökologische Karte, wenn es um die alternative Energiegewinnung geht. Rückenwind soll dafür auf dem Mitglieder-Parteitag nun Klaus Töpfer geben, der den Energiekonsens als Vorsitzender des Ethik-Rates möglich machte. Das Interesse scheint stark zu sein. Bislang liegen laut Jung mehr als 200 Anmeldungen vor.



Der Bundestagsabgeordnete Andreas Jung will die Basis in Entscheidungen seiner Partei stärker einbinden. BILD: MENDE